

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/216
11. November 1975

Der Energie-Impuls aus Mannheim

Willy Brandts Parteitagarede: Ein Wegzeichen nach vorn

Seite 1 und 2 / 46 Zeilen

Schwerer Schlag für Einkommenschwächere

Obstruktion der Union verbaut neue Wege zum Wohnungseigentum

Von Karl Ravens MdB
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 3 und 4 / 60 Zeilen

Bessere Kooperation Politik - Sport

Anmerkungen zur Herausgabe von Olympia-Sonderbriefmarken mit Zuschlagserlöse

Von Friedel Schirmer MdB
Vorsitzender des Sportbeirates beim Parteivorstand der SPD

Seite 5 und 6 / 54 Zeilen

Der Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Die Zukunft der ältesten Demokratie ist nach ungewiss

Das freie Griechenland braucht die Solidarität der europäischen Sozialdemokraten

Von Dagmar Luuk
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Seite 7, 8 und 9 / 99 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Ebert

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10
Postfach: 125 408
Pressebüro I, Zimmer 217-224
Telefon: 37 22 27 + 28
Telefax: 37 22 24 + 40 p 900 0

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 06 11

Der Energie-Impuls aus Mannheim

Willy Brandts Parteitagarede: Ein Wegzeichen nach vorn

Die als Rechenschaftsbericht angekündigte Ansprache des SPD-Vorsitzenden zu Beginn des Mannheimer Parteitags ist zu einer scharfen Abrechnung und zu einer betont realistischen Programmrede zugleich geworden. Die von Willy Brandt in dieser Rede ausgehende Energie wird der Partei, die in manchen Bereichen durch die Nackenschläge der verschiedenen Wahlniederlagen und Bedrückung durch die Konjunktur- und Arbeitsmarktschwierigkeiten etwas aus dem Tritt gekommen zu sein scheint, sehr gut tun. Die Parteiorganisation wird sich darum zu kümmern haben, daß der Text dieser Mannheimer Parteitagarede Brandts oder doch zumindest gestreifte und zugleich übersichtliche Auszüge jedem der 790.000 Parteimitglieder so rechtzeitig zugesandt werden, daß er damit arbeiten und argumentieren kann. Die Partei braucht als Ganzes diesen Impetus, den der Parteivorsitzende vor dem Mannheimer Kongreß so überzeugend ausgestrahlt und weitergegeben hat.

Überrascht wird manchen Bürger im Lande die Härte haben, mit der Willy Brandt die Opposition angepackt hat. Gewiß hat da auch die Empörung Raum gefunden, die sich über die letzten Jahre auch in diesem so beherrschten Mann angestaut hatte. Dieser Hinweis reicht aber nicht aus. Willy Brandt hat mit diesen bitteren Passagen seiner Rede jedermann deutlich gemacht und zu wissen gegeben, daß sich im Lager der Opposition unter dem unheilvollen Einfluß der CSU eine Entwicklung Bahn zu brechen beginnt, die schon jetzt, mehr aber noch in ihren Auswirkungen zur Gefahr für unser demokratisches und freiheitliches Gemeinwesen werden muß, wenn es dem Pakt zwischen der realpolitischen Sozialdemokratie und dem nüchternen Bürgersinn nicht gelingen sollte, der deutschnational-Sonthofener Strömung rechtzeitig ein unüberspringbares Halt entgegenzusetzen. Brandt hat in seiner Mannheimer Rede klar zu erkennen gegeben, wo er und seine Partei stehen, und daß es ein verhängnisvoller Irrtum wäre, wenn jemand aus dem gegenwärtigen Stimmungstief in der SPD die leichtsinnige Folgerung ziehen wollte, daß die SPD et-

we nicht bereit und willens wäre, ihre Mechtpositionen mit aller notwendigen Härte zu verteidigen, damit die liberale Freiheit in unserem Staate nicht durch reaktionären Mief an den Rand gedrückt werden kann.

Diese kraftbewußte Entschlossenheit, im vordringlichen Interesse der durch das Grundgesetz garantierten und durch das Godesberger Programm abgesicherten demokratischen Freiheit unseres Rechtsstaates kein Leid widerfahren zu lassen, ist das wohl herausragendste Politikum der Parteitagsrede Willy Brandts. Der Vorsitzende hat der Partei durch seine schonungslos die Schwächen aufdeckenden Philippika gezeigt, wo rasch zu überwindende Schwächen sind und wo das demokratische Selbstverständnis der Partei Grenzen setzt, die bei Strafe der Selbstaufgabe nicht überschritten werden dürfen. Diese Klarstellungen galten der Partei, sie galten aber auch der ganzen Bevölkerung der Bundesrepublik, um jedermann im Lande mit der ganzen Autorität des SPD-Vorsitzenden zu sagen, was die SPD ist: Die große, mächtige Volkspartei des Godesberger Programms und des Grundgesetzes, die alle Leistungen entschlossen verteidigt und zugleich weiter ihren Reformkurs steuert, um die Freiheit und die Gerechtigkeit zu stärken und zu fördern.

Erhardt Eckert
(-/11.11.1975/va/pr)

+ + +

Schwerer Schlag für Einkommenschwächere

Obstruktion der Union verbaut neue Wege zum Wohnungseigentum

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Offenbar frei nach dem Motto, die Union hat ja Eigentum, deshalb brauchen die anderen keines, verhinderten die von CDU und CSU regierten Bundesländer im Bundesrat erneut das Inkrafttreten eines für die Eigentums- und Vermögensbildung entscheidend wichtigen Gesetzes. Getreu dem Wahlspruch, der Zweck heiligt die Mittel, blockierte die Union mit fadenacheinigen Argumenten das Gesetz zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnungsbesitz im sozialen Wohnungsbau. Man fürchtete offenbar, daß dieses Gesetz und seine Wirkung beim Bürger einen positiven Eindruck von der Arbeit dieser Regierung hinterlassen könnte. Das aber darf nicht sein, koste es, was es wolle. So verhinderte man für die einkommenschwächeren Mitbürger neue Chancen und Hilfen, endlich auch Eigentum im Wohnungsbau erlangen zu können. Dies brachte eine Partei zuwege, die gerade in Sachen "Eigentumsförderung" bisher stets einen Alleinvertretungsanspruch für sich reklamierte.

Mit fast schon zynischer Offenheit hat die Opposition hier gezeigt, wie es in Wirklichkeit um ihre sozial- und vermögenspolitischen Versprechungen an die Bürger bestellt ist. Noch in keinem Fall hat die Union wohl so deutlich demonstriert, daß sie zu einem ernsthaften Dialog über Sachfragen mit der Regierung nicht mehr bereit ist. Unter dem Vorwand sachlicher Bedenken nutzte man den Bundesrat als ein Instrument zur Blockierung und Verschleppung eines Reformvorhabens der Bundesregierung, um am Ende der Legislaturperiode das Ausbleiben eben dieses Projektes kritisieren zu können.

Die Argumente, die im Bundesrat die Ablehnung begründen sollten, waren fadenacheinig. Es ging lediglich noch um die Frage der Mehrheit bei der Umwandlung von Wohnbesitzwohnungen in klassische Eigentumswohnungen. Hier war die Bundesregierung der Opposition weit entgegengekommen, und der

Vermittlungsausschuß hatte einen für alle Seiten akzeptablen Kompromiß unterbreitet. Dennoch verharrete die Opposition bei ihrem "Nein". Es ist wohl notwendig, noch einmal deutlich vor Augen zu führen, welches Porzellan die Opposition mit dieser Haltung zerachlegen hat. Im wesentlichen ging es bei dem Gesetz um folgende Punkte:

- Überwiegender Einsatz der Mittel des sozialen Wohnungsbaues für die Bildung von Einzeleigentum in den bewährten Formen des Eigenheims und der eigengenutzten Eigentumswohnung;
- Finanzierungserleichterungen und verbesserte Möglichkeiten zur Eigenkapitalbeschaffung;
- Herabsetzung der Eigenleistung beim Bau von Familienheimen und Eigentumswohnungen auf zehn Prozent der Baukosten für kinderreiche Familien und junge Ehepaare;
- die neue Form der Wohnbesitzwohnung, die die Lücke zwischen Mietwohnung und Wohnungseigentum schließt und denjenigen, die nicht über ausreichende Mittel für Volleigentum verfügen, den Weg zur Vermögensbildung im Wohnungsbau eröffnet.

All dem hat die Opposition einen Riegel vorgeschoben. Ihre Forderung, die Eigentumsförderung zu verstärken, gilt offenbar also nicht für alle, zumindest nicht für die Einkommenschwächeren in unserem Land. Ihnen nämlich sind die neuen Möglichkeiten, Vermögen im Wohnungsbau zu bilden, jetzt verbaut. Die so dringend notwendigen Verbesserungen in diesem Bereich sind nach dem Willen der Union erneut auf die lange Bank geschoben, denn bei einer solchen Einstellung besteht wenig Hoffnung, das Gesetz in einem dritten Durchgang durch den Bundesrat zu bringen. Auch für den Bereich der Wohnungspolitik scheinen nun die Regieranweisungen aus Sonthofen absolut befolgt zu werden. Anders ist es nicht zu erklären, daß auch Länder, die noch am Tage vor der Bundesratssitzung mehr oder minder deutlich ihre zustimmende Haltung zum Kompromißvorschlag zu erkennen gaben, plötzlich auf den harten, ablehnenden Kurs einschwenkten. Hier hat es offenbar hinter den Kulissen noch eine deutliche Handlungsanleitung gegeben. Daß dabei berechnete Interessen der Bürger dieses Landes auf der Strecke blieben, wurde offensichtlich in Kauf genommen.

(-/11.11.1975/wi/pr/ben)

Bessere Kooperation Politik - Sport

Anmerkungen zur Herausgabe von Olympia-Sonderbriefmarken mit Zuschlagserlös

Von Friedel Schirmer MdB

Vorsitzender des Sportbeirates beim Parteivorstand der SPD

DSB-Präsident Willi Weyer und Sporthilfechef Josef Neckermann können aufatmen: Es wird zwei Olympia-Briefmarken und einen -Block mit Sonderzuschlägen geben, deren Erlöse der Sportförderung zufließen werden. Darauf einigte sich die Bonner Koalition, und mit einem solchen Beschluß entsprach das Bundeskabinett den Empfehlungen der Deutschen Sportkonferenz und des Sportausschusses im Deutschen Bundestag.

Lange währte das Gerangel um die Erlöse aus den Zuschlägen von Olympia-Sonderbriefmarken. Besonders als bei anhaltender Rezession die Zuwendungen aus der Wirtschaft nur noch kärglich flossen und Good-will-Organisationen vieler Bürger zwar Interesse und Engagement vermittelten, aber keine hohen Beträge erbrachten, war es für Neckermanns Sporthilfe kaum noch möglich, die für die Spitzensportler übernommenen (Zahlungs-)Verpflichtungen zu erfüllen. Josef Neckermanns provozierender Vorschlag, auf die Olympia-Teilnahme wegen fehlender finanzieller Förderung zu verzichten, dramatisierte die schwierige Situation. Sportler und Politiker lehnten den Vorschlag ab. Der Bundesregierung wurde öffentlich bescheinigt, daß sie für die Vorbereitung auf die Olympischen Spiele '76 zunehmend in die Tasche gegriffen habe.

Die solche Maßnahmen ergänzenden Mittel für die persönlichen Hilfen der Athleten jedoch konnten durch die Sporthilfe mangels finanzieller Masse nicht mehr erfüllt werden. Vom Erlös der Jugendmarken an die Sporthilfe abgezweigte 750.000 DM waren da nur der bekannte Tropfen auf den heißen Stein. Der Forderung der Sporthilfe und des DSB nach einer Olympia-Marke mit Zuschlagserlösen machten das zuständige Kuretorium und der Bundesminister

für das Post- und Fernmeldewesen lange Zeit nicht entsprechen. Besonders Jugend- und Sozialverbände waren dagegen, weil sie Einbußen für ihre Marken befürchteten. Dabei hatten die Olympia-Marken 1972 eher eine positive Wirkung für sie erkennen lassen. Auch das Nein der Philatelisten hatte seinen Anteil an der lange ablehnenden Haltung.

Die Förderung und ihre Problematik wurden im vielstündigen Gedankenaustausch zwischen den Führungen von DSB und SPD und mit Bundeskanzler Helmut Schmidt gründlich erörtert. Vor allem Willi Meyer und Josef Neckermann begründeten engagiert ihren Wunsch und seine Notwendigkeit. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sicherte eine gründliche Prüfung zu. Bundesgeschäftsführer Holger Börner (früher Parlamentarischer Staatssekretär im Bundespostministerium) zeigte sich überzeugt. Seine Initiativen und die der Parlamentarier Günther Metzger (stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender) und Konrad Porzner (Parlamentarischer Geschäftsführer) und anderer Freunde des Sports führten zu den Beratungen und letztlich zur positiven Entscheidung der Koalition und des Bundeskabinetts, nachdem auch Kanzler Helmut Schmidt grünes Licht gegeben hatte. FDP-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Mischnick und Bundesinnenminister Prof. Werner Maihofer trugen wesentlich dazu bei. Bundespostminister Kurt Gscheidle willigte ein, zumal die Zuwendungen aus der "Glückspirale" zugunsten des Sports sich verzögerten.

Dieses Ergebnis kennzeichnet nach Ansicht des DSB-Präsidenten Willi Meyer auch die besser funktionierende Zusammenarbeit zwischen Sport und Staat. Nun sind der Deutsche Sportbund und die Stiftung Deutsche Sporthilfe, ebenso das Nationale Olympische Komitee für Deutschland und die Sportfachverbände aufgerufen, ihren Beitrag zu leisten, damit die Freunde des Sports durch den Kauf der Olympia-Marken den erwarteten und notwendigen Erfolg sichern. Es wird einmal mehr zu beweisen sein, daß dem Sport geholfen werden kann, ohne daß Beeinträchtigungen für andere Organisationen und deren Aufgaben entstehen. (-/11.11.1975/wi/pr/ben)

+ + +

Der Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Die Zukunft der ältesten Demokratie ist noch ungewiß

Das freie Griechenland braucht die Solidarität der europäischen Sozialdemokraten

Von Dagmar Luuk

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

15 Monate nach dem Verschwinden der Junta-Diktatoren verdient bei einem Besuch Griechenlands der Stand des demokratischen Wiederaufbaus besonderes Interesse. Viele Beobachter bedrückt nach wie vor das Gefühl, daß die wiedererrungene Freiheit allein an die Person des Ministerpräsidenten Karamanlis gebunden sein und die pluralistische parlamentarische Demokratie noch keine feste Verankerung gefunden haben könnte.

Das Ergebnis der Wahlen vom November vergangenen Jahres, die dem 'Vaterlandsretter' Karamanlis und seiner Sammlungspartei 'Neue Demokratie' eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament eingebracht hatten, spiegelt die Entwicklungstendenzen im heutigen Griechenland nur unvollkommen wider, wie die inzwischen durchgeführten Kommunalwahlen zeigen. Die politischen Grenzlinien der neuetablierten Parteien sind noch nicht endgültig fixiert. Innerhalb der verschiedenen politischen Formationen ist die Phase der grundsätzlichen Orientierung noch nicht abgeschlossen, und alles spricht dafür, daß es schon demnächst zu veränderten Strukturen kommen wird.

Wie vor dem Putsch der Obristen 1967 sind die Parteien im wesentlichen Gefolgschaftsvereine, ausgerichtet auf Führerpersönlichkeiten. Das gilt für den konservativen Pragmatiker Karamanlis und seine 'Neue Demokratie', noch stärker aber für Andreas Papandreu und seine links-sozialistische Panhellenische Bewegung (PASOK). In Messias-Pose prangt Papandreu, dem selbst seine engeren politischen Freunde Unstetigkeit und Radikalität nachsagen, über allen Veröffentlichungen und Verlautbarungen seiner Partei. Kritik an seinem autoritären Führungsstil brachte die Hälfte der Mitglieder seines Zentralkomitees um ihre Plätze.

Der konservative Block der Neuen Demokratie wird gegenwärtig nur durch die Person Karamanlis zusammengehalten. In Griechenland wird vermutet, daß er so bald wie möglich vom Sessel des Ministerpräsidenten auf den des Staatspräsidenten überwechseln möchte. Allerdings kann er dies nur riskieren, wenn er einen Nachfolger gefunden hat, der sich auf eine solide politische Basis stützen kann. In diesem Zusammenhang ist wohl sein Werben um den rechten Flügel der 'Zentrumsunion / Neue Kräfte' einzuordnen. Eine Öffnung zur liberalen Mitte hin würde allerdings ein Abfallen des äußersten rechten Randes im derzeitigen Regierungslager zur Folge haben. Offensichtlich im Blick auf mögliche neue Konstellationen verwahrte sich im Gespräch unter vier Augen Prä-

sidielminister Rellis ebenso wie Arbeitsminister Laskaris gegen eine Gleichsetzung mit der CDU.

Auf der anderen Seite des Parteienspektrums kommen zur moskeutreuem KP und der unorthodoxen KP-Inland, die noch am ehesten mit den Nenni-Sozialisten Italiens zu vergleichen ist, weitere linke Splittergruppen, die nicht im Parlament vertreten sind. Besonders Aufmerksamkeit verdient der Klärungsprozeß in der Zentrumsunion / Neue Kräfte - mit sechzig Abgeordneten unter dem ehemaligen Außenminister Mavros die stärkste Oppositionspartei. In den letzten Wochen ist erkennbar geworden, daß die entscheidende Phase eingeleitet wird. Bei der Wahl des Parlamentspräsidenten stimmten fünf Abgeordnete für den Kandidaten der Karamanlis-Partei, die übrigens auch alle Stellvertreter stellt. Die fünf Dissidenten müssen mit dem Ausschluß rechnen, wenn man sie ausfindig macht. Seitdem hat der sozialdemokratische Flügel innerhalb der Zentrumsunion seine Bemühungen verstärkt, möglichst schnell zu einer Klärung der ideologischen Positionen der Partei und den damit verbundenen organisatorischen Konsequenzen zu kommen.

Der erste Schritt zu einer sozialdemokratischen Partei Griechenlands ist die in diesen Tagen erfolgende Gründung eines sozialdemokratischen Vereins aus Parlamentarmitgliedern der Zentrumsunion, der im ganzen Land mit dem Aufbau einer Mitgliederorganisation beginnen soll. Die Diskussion über Grundsatzeprogramme und Parteisatzung wird zeigen, ob der Versuch gelingt, in Griechenland eine Partei nach dem Muster der modernen westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien aufzubauen. Die Wortführer der sozialdemokratischen Kräfte, Mangakis und Tsatsos, hoffen, am Rande des Mannheimer Parteitages erste konkrete Ergebnisse ihrer Bemühungen mit den deutschen Freunden besprechen zu können.

Ein kritischer Punkt ist die unzureichende Einbeziehung der jüngeren Generation in den Prozeß des Wiederaufbaus der Demokratie durch die Parteien. In allen politischen Lagern wurde an alte Autoritäten und Persönlichkeiten angeknüpft. Im Parlament findet man nur wenige junge Abgeordnete. Aus den Reihen der Zentrumsunion wird die Befürchtung geäußert, daß die junge Generation, die einen überzeugenden Einsatz gegen die Herrschaft der Obristen geleistet hat, sich in unrealistische Positionen flüchtet, wenn sie nicht bald in die Verantwortung einbezogen wird.

Der Beginn der zweiten Sitzungsperiode des griechischen Parlaments hat einen Wandel mit sich gebracht. Nach einem kurzen Wahlkampf herrschte vor einem Jahr in allen Fraktionen Befriedigung über das Ende der Junta-Herrschaft und Freude über die wiedergewonnene Freiheit. Von den Konservativen bis zu den Kommunisten waren alle bemüht, Toleranz zu üben und die Diskussion in sachlichen Bahnen verlaufen zu lassen. Die gemeinsame Zeit in den Gefängnissen der Junta hat unter vielen eine Atmosphäre des Vertrauens in die Redlichkeit der Absichten des politischen Gegners wachsen lassen, die die vergifteten Aus-

einandersetzen aus der Zeit vor 1967 vergessen ließ. Dieser Geist der Zusammenarbeit entspricht der Stimmung in der Bevölkerung, die nach sieben Jahren der Unterdrückung Abgewogenheit und Verantwortungsbewußtsein von den Politikern erwartete. Heute wird im Parlament wieder eine härtere Gangart eingeschlagen. In der Generaldebatte über die Innen- und Außenpolitik prallten die Meinungen hart aufeinander. Die Zentrumspolitiker Mangakis und Testas warfen der Regierung vor, sie besetze alle wesentlichen Positionen im Staatsapparat nur mit ihren Anhängern und säubere Armee und Polizei nicht energisch genug von Junta-Anhängern.

In der Außenpolitik ist eine weitverbreitete Verbitterung über die unglückliche Rolle der USA in der Junta-Zeit und deren Politik im Zypern-Konflikt nicht zu übersehen. Eindeutig fällt in den beiden großen Parteien das Bekenntnis zu Europa aus. Das vorrangige Interesse liegt an der Vollmitgliedschaft in der EG.

Im Windschatten der dramatischen Entwicklung auf der Iberischen Halbinsel segelt Griechenland einer ungewissen Zukunft entgegen. Die konservativen und restaurativen Kräfte sind fest entschlossen, demokratische und soziale Veränderungen nur in engen Grenzen zuzulassen. Es wird sehr wesentlich auf die europäischen Sozialdemokraten ankommen, wenn die Demokratie in Griechenland wirklich eine dauerhafte Grundlage haben soll. Die reformerischen Kräfte rechnen mit praktischer Solidarität.

(-/11.11.1975/wi/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller